

Vorschlag die beiden Vorstehenden der radicalen und der gemäßigten Fraktion, Laurent-Bischoff und Bressens, zur Seite. Der Präsident eröffnete die Verhandlung mit einer Ansprache, worin er auf die Wichtigkeit der Entscheidungen, welche die Versammlung zu treffen habe, hinwies. Die Pariser Senatorenwahl werde auf die späteren Wahlen in Paris nicht nur, sondern im ganzen Lande den größten Einfluss üben. An Candidaten fehle es nicht; man müsse die besten wählen; die Wahl dürfe erst nach reiflicher Ueberlegung vollzogen werden, besonders sei zu vermeiden, dass man mit verschiedenen Listen zur Wahl komme. Sodann erhielt Laboulaye das Wort. Die Versöhnung zwischen den verschiedenen Gruppen, sagt er, wird sich leichter vollziehen, als man vielleicht glaubt; bei näherem Nachdenken muß man erkennen, daß die Versöhnung in aller Interesse liegt. Die Wahl der 5 Pariser Senatoren darf nicht das Werk einer kleinen Mehrheit sein, noch weniger dasjenige einer Minderheit, die ihre Candidaten durch Drohungen der Mehrheit aufzuringen will. (Heftiger Lärm.) Die gegenwärtige Versammlung befindet sich genau in derselben Lage, in welcher die Linke der Nationalversammlung sich vor 5 Jahren befand. Nach der Vertreibung Thiers aus der Gewalt haben die Republikaner die Nothwendigkeit erkannt, sich aneinander anzuschließen. Auch jetzt muß die Candidatenliste alle Schattierungen der republikanischen Partei umfassen; aber alle Candidaten müssen die Verfassung annehmen, unter der das Land hoffentlich noch lange leben wird. Darf Paris sich bei der Senatorenwahl von der Anerkennung der Verfassung ausschließen? (Lärm.) Will man von vorn herein, daß die künftige Versammlung Mißtrauen gegen die Hauptstadt empfinde? Wenn nicht, so stelle man eine Liste der Versöhnung auf, damit nicht die Stadt Paris dem Lande als ein Popanz vorgehalten werden kann. (Lärm.) — Talandier: Wir wollen auch die Versöhnung; aber wenn es gilt, die Vertreter von Paris zu wählen, so ist es an bloßen Redensarten nicht genug. Wir werden z. B. nie für die Leute stimmen, welche das Unterrichtsgezet angenommen haben. (Beifall.) Wir wollen eine Bürgschaft dafür, daß die Versöhnung sich nicht auf die Feinde der Republik erstreckt. (Beifall.) Discutiren wir also zuerst unser Programm; nachher werden wir von den Candidaten sprechen. — Gambetta widersteht sich diesem Vorschlag. Wir sind keine beratende Versammlung, sondern eine Wahlversammlung. Beschäftigen wir uns mit praktischen Dingen und lassen wir die aufreizenden Fragen bei Seite. Wir haben nicht über die beste Politik der Demokratie zu entscheiden, sondern die besten Candidaten zu wählen. Hören wir also die Candidaten, prüfen wir ihre Ansprüche, wie es bereits in einigen Versammlungen, die man mit Unrecht angreift, geschehen ist. In einer künftigen Zusammenkunft werden wir je nach dem Resultat dieser Prüfung unsere Auswahl treffen; es wäre ohnedies nicht schädlich, heute, im Beisein der Candidaten, über ihre Candidatur abzustimmen. Hier macht der Präsident die Bemerkung, daß die Candidaten nicht eingeladen worden, weil die Veranstalter der Versammlung auf eine längere Generaldiscussion gerechnet hätten. Gambetta findet das ärgerlich, doch seien immerhin einige Candidaten zugegen; für die anderen könnten deren Freunde eintreten. Ein Wähler verlangt, daß die gemäßigste Partei ihre Candidaten nenne. Krantz erklärt nach einiger Zögerung, er und seine Freunde hätten eigentlich keine Candidaten. Brisson glaubt, daß dennoch eine solche Candidatenliste existire. Man möge die neuen Candidaten vordrängen, sonst lasse sich nicht discutiren. (Beifall.) Bressens erklärt, wie der Präsident, man irre sich, wenn man glaube, daß er einen Candidaten vorkühnen habe; er wolle nur die Befestigung der Republik durch Annahme einer Versöhnungsliste. — Santagrel beschwert sich darüber, daß man die Zeit verschwende. Diejenigen, welche von

Versöhnung sprechen, haben keinen Namen vorzuschlagen. Man kennt die Bedingungen, welche die Linke in der Nationalversammlung einginge, vielleicht eingehen müßte; aber die Umstände sind jetzt andere. Paris will die Politik von Versailles nicht fortsetzen. (Beifall.) Man ruft ungestimmt: Die Namen, die Namen der Candidaten! Wenn Sie meine Candidaten wollen, sagt er, so werde ich sie nennen: Herr Renouard z. B., der Richter, welcher den Präsidenten der Republik am Tage nach dem Staatsstreich in Anklagezustand versetzt hat (Gelächter; Louis Comte ruft: „und der 14 Tage später ihm den Eid geleistet hat“). Laboulaye: Ich könnte weiter nennen die Herren Diez, Decker, Gérold. Die Stadt Paris hat den Sturz Thiers herbeigeführt, indem sie den Republikanern als äußerster Vorhut voranging (Lärm; der Redner muß auf das Wort verzichten). Bédard erklärt, das „Journal des Debats“ habe ihn ohne sein Vorwissen auf die conservative Liste gesetzt (spöttisches Gelächter links). — Jetzt verlangt Bonnet-Duverrier das Wort im Namen einer „Delegation der Wähler“ von allen Pariser Arrondissements, die ihm so eben eine Mittheilung zugesandt hätten. (Großer Tumult.) Gambetta protestirt aufs Entschiedenste gegen die Anhörung einer solchen Mittheilung. Wir sind die wahren Vertreter der Pariser Bevölkerung. Wir haben keine Befehle von außerhalb zu empfangen. Auch ich habe mich nach den Wünschen der Wähler erkundigt und ich habe die Ueberzeugung, die Wähler besser zu vertreten, als wenn ich von einem Stück Papier die Mittheilung irgend einer „Delegation“ ablese. Was ist das für eine Delegation, die im Namen der 20 Pariser Bezirke sprechen will? Ich kenne nichts dergleichen. Es giebt keine andere Delegation, als diejenige, welche hier tagt. Ich verlange also formell den Schluß der Debatte. (Beifall.) Ein Resultat hat die heutige Versammlung doch gehabt. Man hat unteren 6 Candidaten nur 4 neue Namen entgegenstellen können; diese 10 Namen werden wir in der nächsten Zusammenkunft einander gegenüberstellen, und Sie werden ihre Wahl treffen. (Beifall.) Die Sitzung wurde hierauf geschlossen und die nächste Zusammenkunft auf Mittwoch anberaumt.

Italien. Rom, 21. Jan. Die nach Sicilien gesandte parlamentarische Untersuchungs-Commission hat u. A. vor Kurzem auch die Stadt und Provinz Syrakus inspiciert und von der Handelskammer dieser berühmten alten Stadt einen Bericht über die Lage der Provinz entgegengenommen, in welchem u. A. darum gebeten wird, sie möge veranlassen, daß die Dampfboote der adriatischen und der Levante-Gesellschaften in dem dortigen Hafen landen und daß man eine die Provinz durchziehende Eisenbahn bis an denselben führe, damit die reichen Landesproducte verschifft und zu Geld gemacht werden könnten. In dem Bericht wird mit Recht hervorgehoben, daß der herrliche Hafen von Syrakus, von dem schon Cicero sagte, daß es keinen schöneren gäbe, jetzt zu nichts nütze. Die Commission hat ferner Foto und Modica besucht, wird dieser Tage in Messina ihre Mission beenden und nach dem Festlande zurückkehren. — An dem Befahren des Hofes und der Regierung, die römischen Patriarchen-Familien mit dem gegenwärtigen Zustande der Dinge in Rom zu versöhnen, nimmt auch die Kronprinzessin hervorragenden Antheil, zuvörderst dadurch, daß sie den Armen, den Unglücklichen ihre Fürsorge widmet, dann auch durch ihr liebenswürdiges entgegenkommendes Wesen. Die hohe Frau ließ vorgestern den von einer Kunstreise aus dem Orient heimgekehrten 12jährigen Pianisten Palmitieri aus Neapel, dem die Königin von Griechenland angeblich einen Orden verliehen, nach dem Duxinal-Palaste kommen, um ihn zu hören und schenkte ihm eine diamantene Brustnadel. Der junge Künstler und noch ein ähnliches musikalisches Wunderkind werden sich binnen Kurzem nach

nie der Krone Hilfe zu einem Gesamtkriege leisten würden, bevor ihre Rechte von dem Könige und dem Parlamente anerkannt wären. Dieser Brief bezeichnet fortan die Richtung der ganzen Bewegung. Einmal an die Spitze dieser Bewegung getreten, wird er deren unermüdlicher, praktischer und energischer Führer. „Wenn wir fest vereinigt bleiben,“ schreibt er 1775, „und entschlossen bei dem Uebereinkommen des Nichtverbrauchs englischer Waaren beharren, so kann dieses uns feindliche Ministerium kein Jahr mehr am Ruder bleiben. Die Blide der ganzen Christenheit sind jetzt auf uns gerichtet und die Ehre unseres Volkes ist ein sorgsam zu hütender Gegenstand von höchster Wichtigkeit. Wenn wir in diesem Kampfe unsere Rechte nicht aufgeben, so wird das ganze nächste Jahrhundert unser Ruf vor der Welt nicht wider herstellen. Wir müssen deshalb augenblickliche Unbequemlichkeiten mit Tapferkeit ertragen und bessere Zeiten abwarten.“ Franklin befand sich noch auf der Rückreise von England als die Treffen bei Concord und Lexington geschlagen wurden, als in dem Unabhängigkeitskampf das erste Blut floß. Jetzt war die Versöhnung unmöglich, die Befreiung gewiß. Schon am 10. Mai 1775, fünf Tage nach Franklin's Rückkehr, trat der zweite continentale Congress zusammen. Pennsylvania schickte ihn auf denselben. Seine gescheiterte Thätigkeit bleibt untergeordnet als die diplomatische; zu erwähnen ist jedoch, daß er mit dem Obergeneral Washington im Lager vor Boston die bessere Verpflegung, Ergänzung und Organisation der Truppen beriet, im Auftrage des Congresses die beschwerliche aber vergebliche Winterreise zur Revolutionirung von Canada unternahm, daß er die Hefen zur Defection zu verführen suchte, und 1776 Lord Howe von der Unmöglichkeit des Friedens überzeugte. Auf Frankreich's Hilfe richteten sich die Hoffnungen der Amerikaner. Aber dazu brauchte man in Paris einen Vertreter, welcher Unabhängigkeit und Würde des Charakters mit persönlicher Gewandtheit und langjähriger diplomatischer Erfahrung verband. Franklin war der einzige. Dieser gaberte trotz seines hohen Alters nicht, die Sendung des Congresses anzunehmen. In schärfster Jahreszeit, am 26. Oct., verließ er Philadelphia, landete am 7. Decbr. in Nantes und kam gegen Schluß des Jahres in Paris an. Dort fanden seine Vorschläge Gehör, sein Land die gewünschte Unterstützung. Frankreich zog weder für die Gegenwart noch für die Zukunft irgend welche Vortheile aus der abhängigen Lage der Vereinigten Staaten,

beizugiebeln, um sich dort theoretisch auszubilden, ein Beweis, daß man auch in Italien den gründlichen deutschen theoretischen Unterricht in der Musik, dem italienischen vorzuziehen beginnt.

England. London, 23. Januar. Vor dem gerichtlichen Ausschuss des geheimen Staatsrathes, der obersten Berufungsinstanz für alle Kirchen- und Colonial-Angelegenheiten, schwabte folgender Fall, dessen Entscheidung noch aussteht. Herr Jenkins, ein Pfarrer des hochwürdigen Herrn Javel Smith Coats, war nach tiefem Studium zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Persönlichkeit des Teufels mit Hörnern, Schwanz, Pferdefuß und sonstigem Zubehör in das Reich der Mythe zu verweisen sei, und hatte dieser Ueberzeugung in Schrift und Wort offen Ausdruck gegeben. Auch die Aussprüche seiner Frau ließen dem Pfarrherrn keinen Zweifel über Herrn Jenkins' Kezerei, und er beschloß, demselben das Abendmahl zu verweigern, bis er dem Teufel die Genugthuung widerfahren lasse, zum Glauben an seine höllische Persönlichkeit zurückzukehren. Allen niederen Instanzen haben für den Pfarrherrn und die Person des Teufels entschieden. Was wird der gerichtliche Ausschuss des geheimen Staatsrathes thun? Wird er den Glauben an eine satanische Majestät für notwendig befinden? Und welchem Teufel wird er den Vorzug geben? Die nächste Zukunft wird die Beantwortung dieser Fragen bringen, und der Teufel, wenn ihm die Ansichten der Menschheit nicht gleichgültig sind, kann nicht ohne Unruhe dem Urtheilspruch entgegensehen.

Danzig, 27. Januar. * [Stadtverordneten-Sitzung vom 25. Jan.] Hr. Dammme erstattet im Namen der drei Deputirten der Stadt Bericht über den Provinzial-Landtag. Die inhaltsschwere Frage der Theilung der Provinz sei für die Abgeordneten Westpreußens entschieden gewesen, ehe sie zum Landtage gingen; auch der Hr. Granbenz habe diesmal Abgeordnete geschickt, die für die Theilung sind und die Abgeordneten vom Elbing seien jetzt dem Gedanken derselben nicht mehr entschieden entgegen. Die Befürchtung, von den Ostpreußen majorisirt zu werden, habe sich bald bestätigt, obwohl die Westpreußen ihr Entgegenkommen gezeigt, indem sie für Hr. v. Sauten — bisher der entschiedenste Befürworter des Trennungsgedankens — als Vorstehenden gestimmt, eine Wahl, die sich übrigens als eine sehr glückliche erwiesen habe. Die Majorisirung der Ostpreußen habe sich bei der Wahl der Provinzialorgane herausgestellt. Sie hätten das wichtigste Amt, des Vorstehenden des Provinzial-Ausschusses für den Ostpreußen, den Oberbürgermeister von Königsberg, Seltz, in Anspruch genommen, sie hätten zum Landesdirector Hrn. Richter gewählt, obwohl bei dem vorwiegend landwirthschaftlichen Charakter der Provinz die Wahl eines Landwirthes geboten gewesen wäre. Die Ostpreußen hätten ferner im Prov.-Ausschuss von 13 Mitgliedern 8 Plätze für sich in Anspruch genommen, und den Westpreußen nur 5 eingeräumt während das Verhältnis 7:6 eher den Zahlen der Abgeordneten aus beiden Theilen entspräche, zumal, wenn schon der Vorstehende im Ausschuss ein Ostpreuse sei. Unter diesen Umständen hätten sich die Westpreußen bis auf wenige Mitglieder, die mit der Majorität gegangen sind, als besondere westpreussische Fraktion zusammengehangen und seien in allen Fragen fest zusammen geblieben. Die wichtigste materielle Frage für den Pr.-Landtag sei die Chausseebaufrage gewesen. Im Jahre 1852 sei die Auszahlung von Prämienfonds an die Provinzen in Aussicht genommen worden. Es sollten Fonds von ca. je 100 000 Thlr. gebildet werden, und wurden besonders die daraus entspringenden Vortheile hervorgehoben, welche das Aufblühen der Provinzen beschleunigen würden. Obgleich man aber beschloffen hatte, daß diese Chausseebaufonds auf die einzelnen Regierungsbezirke repartirt werden sollten zu freier Verfügung, nannte man den Fonds dennoch immer Provinzialbaufonds. Man überließ es aber den Regierungsbezirken, für sich selbst nach Belieben und Kräften zu sorgen, es wurde daher nach ganz verschiedenen Prinzipien verfahren und die Prämien wurden ebenfalls nach verschiedenen Grundsätzen bewilligt. In Marienwerder seien stets nur 5000 Thlr. Prämien gegeben worden, in andern Bezirken bis zu 1/3. Wo weniger Prämien ge-

stellte diesen nur die einzige Bedingung, daß sie nie wieder in ihr altes Unterthanen-Verhältnis zu England zurückkehren sollten und erkannte in allen übrigen Punkten die Gleichberechtigung der beiderseitigen Interessen an. Der alte Josua Franklin hatte seinen Benjamin oft als Kind mit den Worten Solomons zur Arbeit und Pflichterfüllung angefeuert: „Siehst du einen Mann redlich in seinem Geschäft, der wird vor den Königen stehen und wird nicht vor den Unkehl stehen.“ Jetzt, 20. Mai 1778, als in Franklin's Empfang am Parisailler Hofe eine neue Macht der Erde anerkannt wurde, sollte sich dieser Spruch an dem Sohne in viel weiterer Ausdehnung bewähren, als der Vater je geahnt hatte. Bei dem endlich abzuschließenden Frieden kamen dem amerikanischen Unterhändler: die Verlegenheiten des englischen Ministers Shelburne sehr zu Rathe. Dieser ohne Anhang im Volke, ohne eine feste Majorität im Parlamente, mußte, um sich zu halten, nothgedrungen mit einem Friedensvertrage vor die Kammern treten. Er war also gezwungen, sich Franklin in die Arme zu werfen und dieser benutzte mit meisterhaftem Geschick jene Verlegenheiten aus, machte sich zum Herrn der Lage. Er bestimmte sogar die Persönlichkeit des englischen Unterhändlers, Richard Oswald, ein begeisterter Schüler von Adam Smith, der als einseitiger Volkswirth den Krieg unbedingt verabscheute. In ihm fand der amerikanische Staatsmann das gesüßte Werkzeug, welches er seinen Zwecken dienstbar machen konnte. Seine Bedingungen lauteten: volle Anerkennung der Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten, Begrenzung derselben durch den Mississippi im Westen und im Norden durch Canada, sofortige Zurückziehung der englischen Truppen und endlich Freiheit der Fischereien an den Küsten von Newfoundland. Am 30. November 1782 erlangte Franklin im vorläufigen Frieden mit England die Annahme dieser Bedingungen. Der schlaue und praktische Amerikaner hatte insofern seine Abmachungen nicht gehalten, als er Frankreich gegenüber verpflichtet war, daß ein Bundesgenosse nicht ohne den anderen Frieden schließen sollte. Er berief sich darauf, daß der endgiltige Abschluß dieses Friedens aber erst erfolgen werde, wenn auch Frankreich mit England Frieden schließen werde. Jetzt mußte dieses sich denn ebenfalls zum Frieden entschließen, bereits am 20. Januar 1783 kamen die Präliminarien, am 3. Sept. kam der Frieden unter sämtlichen Krieg-

gehen wurden, mußten die Kreise den Rest aufbringen. — In den Nothstandsjahren hätten die Kreise Königsberg und Gumbinnen resp. 100 000 und 200 000 Thlr. erhalten. In Marienwerder sei nach dem Berichte des Grafen Eulenburg der Stand der betreffenden Kassen ein besonders glücklicher, so daß dieser Bezirk keine Minderung wünsche. Die Summe der Prämienrückstände betrage angeblich ca. 1 700 000 A. Mit dem Jahre 1879 löbte die jetzige Art der Aufbringung der Chausseebaubeiträge auf und traten die Bestimmungen der neuen Prov.-Ordnung ein, wonach mehrere Steuern, wie die Gewerbesteuer, Einkommen-, Klassen- und noch andere Steuern mit herangezogen würden. Bereits vom Staate gemachte Zusagen für Beihilfen betrugen gegenwärtig für Königsberg ca. 4 Mill., für Gumbinnen ca. 4 1/2 Mill., für Marienwerder ca. 1 Mill., für Danzig ca. 2 1/2 Mill. A. Westpreußen habe hiernach noch etwa 5 Jahre lang nur für Ostpreußen zu arbeiten, außerdem sei noch zu befürchten, daß für eine so große Menge von Chausseen auch noch beträchtliche Unterhaltungskosten beansprucht würden. Man habe nun auf das Aufnahmestittel zurückgegriffen, die Renten zu anticipiren und eine Anleihe zu machen. Das Anleihe-Project sei diesmal von Herrn Richter angeregt worden, der den staatsmännischen Gedanken zur Ueberbrückung der vorübergehenden Schwierigkeiten gefaßt habe. Es habe großen Anklang bei den Deputirten gefunden, ca. 25 Millionen Anleihe zu erheben. Nicht so günstig sei die Idee von dem Reg.-Commissarius Hrn. v. Born aufgenommen worden. Er schalt die Anhänger der Idee Particularisten und habe die Nothwendigkeit eines großartigen Provinzialgefäßes betont. In Gumbinnen müsse eben so großer Enthusiasmus für das Wohl des Danziger Bezirks herrschen, wie umgekehrt an Danzig's äußerster Grenze für Gumbinnen. Die bereits bewilligten Chausseen hätten nach der Aussage des Herrn Oberpräsidenten jedenfalls die Priorität. Denselben den Standpunkt der westpreussischen Deputirten klar zu machen, war unmöglich, da er sofort nach seiner Rede den Saal verlassen habe. — Es blieb also für Westpreußen nur die Capitalisirung der Rente übrig. Die gewöhnliche Haushaltungspolitik müsse aber die Westpreußen ängstlich gegen die Ostpreußen machen, diesen die Rente auf ca. 40 Jahre in die Hände zu geben, einer Majorität, die nichts weniger als uns günstig gestimmt sei. Der Antrag wurde fallen gelassen und endlich sei motivirte Tagesordnung das Ende der akademischen Besprechung gewesen. Das Resultat der 1. Session sei somit kein sehr erfreuliches gewesen; ein Gewinn sei aber doch errungen, nämlich die Einigung der Westpreußen. Die Trennung sei unvermeidlich, und Selbstverwaltung nur möglich, wenn jeder Theil für sich beschließen könne.

Herr Oberbürgermeister v. Winter schließt sich den Ausführungen des Hr. Dammme an. Es würde große Inconsequenzen verurachen, wenn man nach dem Willen des Hr. Oberpräsidenten Alles aus einem Topfe nehmen wolle und noch mehr Ungleichheiten als schon jetzt da sind, würden die Folge sein. Jetzt seien ca. 30 Meilen Staatschausseen in Gumbinnen im Bau, in Danzig ca. 1/2 Meile. Eine einseitige Renten-wirtschaft sei nicht möglich; auf viele Jahre hinaus würden alle Renten nach Gumbinnen, dann nach Königsberg fließen, an uns Westpreußen werde lange Zeit nichts kommen. Das materielle Interesse bedinge es, daß die eine, aber nicht einseitige Provinz nicht zusammenbleiben könne. Die geographische Lage der Provinz Preußen sei für eine einheitliche Verwaltung die ungünstigste; sie sei zu weit ausgebeugt, habe keinen gemeinsamen Mittelpunkt, kein einheitliches Stromgebiet. Wohl von den meisten Westpreußen könne man sagen, daß sie nicht wüßten, wie es in Ostpreußen aussehe. Wie könne man da von hier aus bestimmen, zwischen welchen Orten in Ostpreußen am zweckmäßigsten Chausseeverbindungen herzustellen wären? Ebenso gehe es den Ostpreußen in Bezug auf Westpreußen. Wir müßten mit allen Kräften dahin wirken, daß jetzt nichts geschähe, was später die Theilung erschwere; das sei die Aufgabe der Danziger Deputirten gewesen. Der Trennungsgedanke habe entschieden Anhänger gewonnen, auch unter den Ostpreußen. In nächster Sitzung des Provinzial-Landtages werde darüber wieder, und zwar ruhiger, gesprochen werden. Es seien sehr unerquickliche Debatten gewesen, sie hätten aber ein gutes Fundament gelegt.

Der Vorstehende Herr Commerzienrath Bischoff dankt den Deputirten für den Bericht und glaubt ihnen im Namen der Versammlung versichern zu können, daß dieselbe mit der Art, wie sie auf dem Landtage die

Willkür, Maßlosigkeit, Vettelstolz, Sturm und Drang des Herzens und ungeschickliche Aufführung auf der einen; aber Pflichtbewußtsein, Erkenntniß, Weisheit, Maßhalten, Mannesstolz, die hingebende That und geschickliche Auffassung auf der anderen Seite. Nach mehr als fünfjähriger Abwesenheit landete Franklin am 1. November 1762 wieder in Philadelphia. Sein theilweiser Erfolg, welche den Eigenthümern der Colonien eine Bekräftigung ihrer Forderungen auflegte, hatte dieselben noch mehr erhitet. Sie wühlten gegen Franklin's Wiederwahl zur gesetzgebenden Versammlung. Trotz dieser Gegenwehr wurde Franklin 1764 noch einmal nach England geschickt zur Ueberzeugung einer Pitt'schen, daß Georg III. die Regierung der Eigenthümer in eine königliche verwandeln möge. Er blieb 10 volle Jahre in Europa. Wieviel bei seiner hervorragenden Amerikaner des Revolutions-Zeitalters, meint Friedrich Rapp, hat sich der Uebergang vom loyalen Unterthanen zum erbitterten Feinde der englischen Regierung widerwärtiger und langsamer vollzogen als bei Franklin. Dieser allmähliche Umwandlung ist aber leicht zu erklären. Einmal war er durchaus keine leidenschaftliche, revolutionäre Natur, sondern wurzelte mit allen Fibern seines Wesens in den geschichtlich gewordenen Verhältnissen und argwöhnte diese in objectiver Ruhe. Dann führte er in den dem Ausbruch der Feindseligkeiten vorausgehenden Jahren, fern von dem erregten Treiben seiner amerikanischen Mitbürger, in London ein mehr beschaufliches Leben. Endlich aber verkehrte er vorzugsweise mit der gebildeten Gesellschaft, welche meist auf Seite der Amerikaner stand, voll der besten Wünsche für deren Erfolg war und eine gewaltsame Lösung der schwebenden Wirren kaum für möglich hielt. „Da die Macht eines Reiches,“ schrieb er 1773, „nicht nur von der Einheit seiner Theile, sondern auch von ihrer Bereitwilligkeit zu gemeinamen Handeln abhängt; da die Förderung des Reichthumsstandpunktes beim wirklichen Ausbruch des Krieges nicht an der Zeit ist; da die Wüthung mehrerer Colonien zu gemeinamen Handeln nicht von großem Einfluß sein würde, wenn die übrigen zu gemeinamen Opfern bereit wären, so wird es vielleicht das Beste und Sicherste für die Colonien sein, in einem jetzt, während des Friedens persomelten Gesamtcongresse sich nach einer vollen und scharfsinnigen Aufstellung und Erklärung ihrer Rechte unter einander fest zu verpflichten, daß sie

Während Franklin, der überall siegreiche Diplomat, der als schlichter Mann des Volkes hier geschulten Staatsmännern und Ministern der alten europäischen Schule gegenüberstand, auf seine Abberufung wartete, benutzte er die Ruhe, um mit verschiedenen europäischen Mächten Namens des neuen amerikanischen Freistaats Verträge abzuschließen. Einer derselben, welcher in der Geschichte des Völkerrechtes eine große Bekanntheit erlangt hat, ist der preussisch-amerikanische Freundschafts-Schiffahrtsvertrag, welcher, zuerst im bewußten Gegenlage zur bisherigen Praxis, die Unverletzlichkeit des Privateigenthums zur See als Grundsatz aufstellte. Die Unterschrift dieses Vertrages war der letzte Act seiner diplomatischen Thätigkeit, zwei Tage später reiste Franklin nach Amerika ab, wo er am 14. Septbr. 1785 landete. Der laute und herrliche Jubel seiner Landsleute begrüßte den fast 80jährigen Greis, welcher im Ganzen etwa 20 Jahre seinem Vaterlande in Europa Dienste geleistet hatte. Aber immer noch fand der unermüdlich Thätige die heftigste gewünschte Ruhe nicht, sondern ließ sich wieder in den öffentlichen Dienst zwingen. Zunächst wurde er Gouverneur von Pennsylvania, dann trat er in die verfassunggebende Versammlung ein, welche in Pensilvanien tagte und schließlich die jetzige Constitution annahm und sprach sich für alle Maßregeln aus, welche dem bisherigen losen Staatenbunde einen festeren und bauernderen Charakter verliehen. Er starb am 17. April 1790. Alle großen politischen Ziele, für welche Franklin mit voller Kraft und Begeisterung eingetreten war, waren erreicht; nur die Sklaverei, für deren Abschaffung er noch wenige Wochen vor seinem Tode als Präsident der pensilvanischen Abolitionisten-Gesellschaft mit jugendlichem Feuer gearbeitet hatte, war mächtiger als er und seine Zeitgenossen, denn sie hörte erst 75 Jahre nach seinem Tode auf, die Vereinigten Staaten zu schänden. Wir stehen am Ende eines langen an Ehren und an Siegen reichen Lebens, welches fast ein ganzes Jahrhundert umfaßte und in dessen höchsten Aufgaben bestimmend eingriff. Es hierher sind wir den eingehenden, klaren und liebevollen Ausführungen Friedrich Rapp's gefolgt, dessen historisch politische Skizze von dem Leben und Wirken des großen amerikanischen Bürgers die nun folgende Selbstbiographie ergänzen einleitet. Wir behalten uns vor, aus dieser Lebenszerählung selbst noch einige kurze Auszüge mitzutheilen.

Interessen Westpreußens vertreten haben, vollständig einverstanden.

Dr. Rücker: Nur über die Theilungsfrage sei eine solche Uebereinstimmung ohne Weiteres voranzutragen. Ob die Versammlung auch mit dem sonstigen Verhalten der Deputierten einverstanden sei, könne doch, nachdem man nur einen Bericht gehört, nicht als selbstverständlich angenommen werden. Er müsse constatiren, daß der erste Theil des Berichts des Hrn. Damme bis zur Chausseebaufrage nicht nur abweiche von dem, was bisher durch die Presse bekannt geworden, sondern Punkt für Punkt dem widerspreche.

Die Herren Vgg. Damme, v. Winter und Hirsch wünschen, daß die Versammlung jetzt, nachdem dieser Protest laut geworden, in die Erörterung eintrete. Dr. v. Winter bemerkt, daß wenn der Bericht der Presse nicht mit dem des Hrn. Damme übereinstimme, so liege die Schuld nicht an Hrn. Damme, sondern an der Presse. Warum habe die „Danz. Ztg.“ nicht ihren besonderen Berichterstatter in der Versammlung gehabt? — Die Debatte wird nun eröffnet.

Dr. Rücker bemerkt zunächst, daß die „Danz. Ztg.“ ihren besonderen Berichterstatter für den Landtag engagirt gehabt habe. Redner hat übrigens seine Information nicht allein aus der „Danz. Ztg.“, sondern er habe ausdrücklich erklärt, daß alles, was in der Presse verhandelt sei, von dem Bericht des Hrn. Damme abweiche. Alle dem sei nicht widersprochen worden. Er beziehe sich aber lediglich auf die Berichte in der Presse und habe keine andere Information von irgend einem Abgeordneten erhalten. Die Ausstellungen des Redners würden sich wesentlich gegen den ersten Theil des heutigen Berichtes wenden, der von dem Verhalten der westpr. Abgeordneten handle. Ueber die Nothwendigkeit der Trennung der Provinz sei in dieser Versammlung wohl keine Meinungsverschiedenheit. Es sei aber unrichtig, daß diese Frage als Haupt-Partei-Frage in den Prov.-Landtag getragen sei, da nicht dieser, sondern allein der Allg. Landtag in Berlin darüber zu entscheiden hat. Nach der Darstellung des Hrn. Damme hätten Ostpreußen die Westpreußen zu ihrer abschließenden Stellung genöthigt; nach den Darstellungen in der Presse hätte vielmehr das Auftreten der Westpreußen erst die Ostpreußen veranlaßt, gegen sie Front zu machen. Es sei freilich ganz richtig, wenn man bei Communal- und Provinzial-Fragen die üblichen politischen Fraktions-Stellungen der Einzelnen unberücksichtigt lasse — aber doch nur mit der Einschränkung, daß es auch nicht gleichgiltig sei, ob man in seinen Grundansatzungen im Großen und Ganzen der liberalen oder conservativen Richtung angehöre. Namentlich sei es doch bei der neuen Organisation der Provinz nicht gleichgiltig, wenn dabei solche Elemente der äußersten Rechten sich betheiligten, die notorisch dieser Neuorganisation feindlich seien. Gerade mit diesem Theil der Ostpreußen habe die Fraktion der Westpreußen — nach einer ausdrücklichen Erklärung, welche von jenen Conservativen in der „Danz. Ztg.“ verlaunt ist — einen Compromiß versucht, um mit ihnen die Majorität in den Wahlfragen zu haben, ein Compromiß, der nach jener Quelle nur daran scheitert, daß den ostpr. Conservativen Herr v. Winter als Candidat für den Vorst. im Provinzial-Anschluß zu liberal gewesen sei. Worin bestände denn der Terrorismus, den die Ostpreußen den Westpreußen gegenüber bei der Wahl geübt? Das Amt des Landes-directors habe die Majorität einem Westpreußen, Herrn Ridert gegeben, der sich vor wie nach der Wahl entschieden für die Nothwendigkeit der Theilung der Provinz ausgesprochen. Daß dann das zweite Hauptamt, der Vorst. im Provinzial-Anschluß, nicht wieder einem Westpreußen gegeben sei, könne man doch nicht unbillig nennen. Wäre ein Ostpreuße Landes-director geworden, so würde sicher Hr. v. Winter zum Vorsitzenden des Provinzial-Anschlusses gewählt sein.

Ferner bei der Wahl der 13 Ausschussmitglieder sind 11 auf Vorschlag des Hrn. v. Winter durch Acclamation gewählt. Von den übrigen zwei Stellen sind in der That nur eine gegen den Willen der Westpreußen befeh. Denn für Hrn. Thomale-Gibing, den die Majorität als 13. wählte, haben die Westpreußen auch ihre Stimmen abgegeben, aber nicht bei der 13., sondern bei der 12. Wahl. Und überdies habe die Majorität bei der 13. Stellvertreterwahl, nachdem der gewählte Westpreuße abgelehnt, wieder den Gegenkandidaten der Westpreußen ohne Weiteres acceptirt. Wo dabei nun Wahlterrorismus bei den Ostpreußen sei, könne Redner nicht einsehen. — Bei dem zweiten Theil des Damme'schen Berichts rügt Redner das geltend gemachte Motiv, daß in einem größeren Ganzen immer die wirtschaftlichen Interessen des Einzelnen von dem Egoismus der Mehrheit bedroht seien. Das führe dahin, jede Commune, jeden Staat in den Individualismus aufzulösen. Eben so könne man nach der Trennung wieder erklären, die Regierungen-Bezirke Danzig und Marienwerder könnten nicht ein Ganzes bilden, weil einer von beiden den andern in wirtschaftlichen Fragen majorisire. Eben so könnte in jedem Regierungsbezirk wieder der einzelne Kreis darüber klagen, daß er majorisirt werde. Der „Gemeingeist“, an welchen Hr. v. Horn appellirt, und welchen Hr. Damme heute ironisirt, sei schließlich doch in keinem Gemeinwesen zu entdecken.

Hr. Damme: Wenn man eine Zeit lang im öffentlichen Leben gestanden, werde man gegen die Angriffe der Presse etwas dickhäutig. Ein Landtags-abgeordneter habe vollends nicht einmal Zeit, alles was unrichtig über ihn geschrieben wird, zu berichtigen. Daß er, oder die Westpreußen den Unfrieden in die Versammlung getragen, weise er entschieden zurück. Die Ostpreußen, welche ja die sichere Majorität hatten, konnten sich allenfalls den Lärm gestatten, sich nach Liberalen und Conservativen zu sondern. Schließlich haben aber sie, nicht die Westpreußen mit den conservativen Ostpreußen einen Compromiß geschlossen. Die Personenfrage betreffend, müsse er vieles verschweigen, aber wie die Sache, Hrn. v. Winter betreffend, zusammenhänge, wolle er mittheilen: Am ersten Versammlungstage lud Hr. Selve die H. H. Damme und Hirsch ein, zu einer Versammlung der Liberalen in den Preussischen Hof zu kommen, Herr v. Winter war bei der Einladung geflüchtig übergegangen worden. Er war den Liberalen (durchweg Fortschrittler) nicht zu liberal, sondern zu reactionär gewesen. Hr. Damme befreite, daß er von Terrorismus der Ostpreußen gesprochen. In Betreff des Abstimmungsmodus bei der Wahl Thomale's erklärt Redner es gegen jede parlamentarische Sitte verstößend, wenn die Majorität der Minorität beschließen wolle, in welcher Reihenfolge sie stimmen müsse. Wenn ihm gesagt sei, daß sein Standpunkt in theoretischer Konsequenz zum Individualismus führen müsse, so lehne er sich an solche Theorien nicht; praktisch liege die Sache so, wie er es in Beziehung auf das Wahlergebnis von Ostpreußen und Westpreußen dargestellt habe. — Hr. v. Winter giebt zu, daß die Ostpreußen sehr liebenswürdige Leute sind, deshalb könne man aber doch in Bezug auf die vorliegende Frage mit ihnen in Differenz stehen. Ein Leitartikel in der „Danz. Ztg.“ habe einige Tage vor der Eröffnung des Landtags hervorgehoben, daß nur wirtschaftliche, nicht politische Interessen gefordert werden sollten. Den Ostpreußen schieße die Provinzial-Ordnung günstig zur Seite, sie brauchten sich nicht um wirtschaftliche Fragen zu kümmern, weil sie von vornherein im Vortheil wären, die Westpreußen müßten sich aber energisch wehren, damit sie nicht zu kurz kämen. Es sei stets besser, wenn wirtschaftliche Fragen von denen entschieden würden, welche die Verhältnisse kennen. Differenzen würden auch nach der Theilung sich finden, aber auch der Weg zur Verständigung. Seit

25 Jahren habe er es verlernt, der Presse zu widerstehen und den von ihr gebrachten Lärm abzustreifen. Er habe einmal eine Zeitung eine Erwiderung zu-geleitet, welche dieselbe auch aufgenommen, aber durch die beigefügte Redaktionsbemerkung unwirksam gemacht hätte, daß ihr Correspondent ein sehr zuverlässiger Mann sei. Gott sei Dank lese er auch nicht Alles, wenn aber ein Angriff irgendwo gegen ihn losgelassen werde, würden ihm die betreffenden Exemplare durch gute Freunde per Kreuzband extra zugesandt. Sie wanderten dann aber stets unersoffen und ungelesen in den Papierkorb. — Die Westpreußen hätten mit den Conservativen anfänglich nicht verhandelt, weil sie gewarnt worden seien; als sie später verhandeln wollten, wurde ihnen gesagt, man bedauere, daß es zu spät sei, da die Conservativen bereits mit den Ostpreussischen Liberalen einen Compromiß geschlossen hätten. Anders lautende Zeitungsberichte seien unrichtig.

Hr. Deputirte Stadtrath Hirsch: Was Hr. Ridner vorgebracht, habe allerdings gerade so in der Ostpreussischen Zeitung gestanden; aber es sei eben nicht wahr. Ein hochgeachteter Herr im Landtage habe ihm selbst gesagt: Die Westpreußen müßten die Kriegskosten bezahlen. Man wolle eben die Westpreußen dafür bestrafen, daß sie nicht genug Gehorsam den Ostpreußen gegenüber gezeigt hätten.

Die Discussion wird hierauf geschlossen. Der Herr Vorsitzende dankt Hrn. Ridner, daß er durch seinen Widerspruch der Versammlung Gelegenheit gegeben habe, so interessante Ausführungen zu hören. Seiner Aufforderung zufolge giebt die Versammlung ihrem Einverständnis mit dem Verhalten ihrer Deputirten mit großer Majorität durch Erheben von den Sitzen Ausdruck.

Geburten beim Danziger Standesamt.

Am 26. Januar.
Geburten: Arb. Peter Rogall, T. — Schmiedegesell. Aug. Friedr. Kuff, T. — Drochsenkutscher Friedr. Jul. Lampe, T. — Schmiedeg. Samuel Carl Kion, S. — Arb. Adolph Gottlieb Kieder, T. — Grenzanscher Aug. Ferd. Langfel, S. — Gürtlerges. Johann Theodor Burckhardt, T. — Arb. Johann Stobinski, S. — Zimmerm. Alexander Fey, T. — Arb. Aug. Hofstowski, S. — Maurerg. Emil Herrm. Döhning, T. — Uneheliche Geburten: 2 Söhne, 1 Tochter.

Aufgebote: Tischler Anton Franz mit Anna Abrian. — Fleischergezell Friedrich Wilh. Schön mit Hermine Luise Gers. — Arbeiter Ludwig Aug. Weigle mit Marie Kaminski. — Rentier Friedr. Jacob August Möller mit Adolphine Caroline Henriette Kabe. — Arbeiter Johann Fr. Radtke mit Caroline Wark.

Seirathen: Schmiedegesell Friedrich August Lau mit Marianna Anna Dink. — Arbeiter Friedr. Carl Moberjewski mit Catharina Elisabeth Wladowski. — Arbeiter Ferdinand Eduard Robert Hoffmann mit Albertine Jos. Boroszewski. — Stellmacher Heinrich Gehrmann mit Charl. Alwine Raschke. — Matrose Carl Ludwig Diefendorf mit Joh. Marie Bloke.

Todesfälle: S. d. Schumann Jul. Heinr. Adolph Hamann, 3 J. — Marianna Wenzelowski, geb. Duntz, 54 J. — Bernsteindreher Jul. Wachowski, 60 J. — T. d. Sattlerges. Carl Herrm. Wilschbäuer, 14 J. — Kaufm. Carl Schneider, 56 J. — Maurergesell Ferdinand Bormann, 46 J. — Wwe. Emilie Balzer, geb. Schönrock, 60 J. — 1 unehel. S. 17 J.

Kaffee.

Amsterdam, 24. Januar. Der Artikel verkehrte in den letzten 8 Tagen in glücklicher Stimmung in Folge vermehrter Frage für Bedarf, wodurch der Umsatz in zweiter Hand lebhafter war. Auch in erster Hand fanden mehrere Partien zu constanten Preisen Nehmer. — Good rice. Java ist heute 57 1/2 bis 58 C. zu notiren.

Schiffs-Listen.
Neufahrwasser, 26. Jan. Wind: S.
Geleitet: Gem. of the Rith, Nidgen, Shields; Edith, Mithel, Sunderland; beide mit Holz. — Amy, Robertson, Newcastle; Moray, Hay, Newcastle; beide mit Getreide.
Ankommend: 1 Schooner.

Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Berlin, 26. Januar.

Waren	Preis	Waren	Preis
Weizen gelber	193	192,50	105,10
April-Mai	197	196,50	105,10
Mai-Juni	197	196,50	105,10
Roggen	150	150,50	101,70
Januar	150	149	101,70
April-Mai	150	149	101,70
Petroleum	29,50	29	112,60
Fe 200 A	65	64,80	333,50
Januar	65,60	65,40	20,40
April-Mai	65,60	65,40	20,40
Spiritus loco	44,20	44,40	263,50
Jan.-Februar	46,50	46,50	175,90
April-Mai	91,60	91,70	20,15
Ang. Schatz-N. II.			

Ungar. Staats-Rdb.-Priz. C. II. 64,60.
Fonds Börse still, lustlos.

Meteorol. Depesche v. 26. Januar, 8 U. M.

Barometer	Wind	Wetter	Temp. C.	Beimert.
Thurlo	758,9	—	wolfig	5,0
Valentia	762,7	SEW mäßig	b. bed.	9,4
Harmouth	771,4	SEW schwach	b. bed.	3,2
St. Mathieu	767,8	—	—	—
Paris	774,1	SD leicht	Dunst	0,3
Helber	773,0	—	—	—
Copenhagen	772,7	SEW leicht	Nebel	1,2
Christiansund	759,7	SEW	klar	5,8
Haparanda	747,1	SEW mäßig	bed.	2,2
Stockholm	764,2	W stark	wolfig	2,8
Petersburg	761,5	SEW	bed.	2,5
Moskau	765,0	—	bed.	—11,4
Wien	779,5	SD	stille	Nebel
Memel	—	—	—	—
Neufahrwasser	774,7	W	stille	heiter
Swinemünde	773,1	SEW leicht	Dunst	—1,2
Hamburg	774,7	SD	schwach	Nebel
Eylt	773,2	—	stille	bed.
Grefeld	774,6	SD	stille	heiter
Cassel	775,7	SD	stille	heiter
Carlsruhe	777,1	SD	stille	bed.
Berlin	776,2	SD	stille	bed.
Leipzig	775,7	SD	leicht	bed.
Breslau	776,8	SD	mäßig	Nebel

1) See leicht bewegt. 2) Seegang mäßig. 3) See ruhig. 4) Seegang mäßig. 5) Reif. 6) See ruhig. 7) Reif.

Seit gestern wenig Aenderung. Barometer in Central- und Westeuropa um einige Millimeter gesunken, steht jedoch noch immer sehr hoch. Maximum West 781, in Deutschland Luftströmung an der Ostsee leicht aus SW., im übrigen Lande südlich schwach bis frisch, allgemein leichter Frost. Der Nebel dauert in Ostsee und Friesland fort, ebenso in Ostpreußen. Westliche Winde mit sinkendem Luftdruck und Schneewetter in ganz Scandinavien, im Canal schwacher Südwind bei trübem Himmel, warmer Luft (+ 6 Grad) und leicht bewegter See.

Deutsche Seewarte.

Bekanntmachung.

Der über das Vermögen des Kaufmanns Wilhelm Gottlieb Wiedekind eröffnete Concurs ist durch rechtskräftig bestätigten Accord beendet.

Danzig, den 19. Januar 1876.
Königl. Stadt- und Kreis-Gericht.
1. Abtheilung.

Nothwendige Subhastation.

Das zum Nachlaß des Theodor Segevaszki gehörige in Vador belegene, im Grundbuche von Vador sub No. 1 verzeichnete Wäghengrundstück, nebst dem dazu gehörigen in Wäghengrundbuche belegenen, im Grundbuche von Wäghengrundbuche sub No. 2 und 60 verzeichneten Grundstücke sollen

am 28. Februar 1876,
Vormittags 11 Uhr,

an hiesiger Gerichtsstelle, im Terminszimmer No. 3, auf den Antrag eines Beneficial-Erben versteigert und das Urtheil über die Theilung des Aufschlages

am 2. März 1876,
Vormittags 11 Uhr,

dieselbst verhandelt werden.

Es beträgt das Gesamtmaß der der Grundsteuer unterliegenden Flächen des Grundstücks Vador No. 1: 102 Hectar 82 Ar 10 □ Meter, des Grundstücks Wäghengrundbuche No. 26: 85 Hectar 44 Ar 30 □ Meter, des Grundstücks Wäghengrundbuche No. 60: 8 Hectar 24 Ar 60 □ Meter, der Reinertrag, nach welchem das Grundstück Vador No. 1 zur Grundsteuer veranlagt worden: 449,70 Mark, der des Grundstücks Wäghengrundbuche No. 26: 501,00 Mark, der des Grundstücks Wäghengrundbuche No. 60: 28,65 Mark, der Nutzungswert, nach welchem sämtliche Grundstücke zur Gebäudesteuer veranlagt worden: 234 Mark.

Die die Grundstücke betreffenden Auszüge aus der Steuerrolle, Hypothekenschein und andere dieselben angehenden Nachweisungen können im Bureau III. eingesehen werden.

Alle diejenigen, welche Eigenthum oder anderweitig zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Hypothekenschein bedürftige, aber nicht eingetragene Rechte geltend zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präclusion spätestens im Versteigerungs-Termin anzumelden.

Strasburg Westpr., d. 5. Jan. 1876.

Königl. Kreis-Gericht.

Der Subhastationsrichter.

von Drefe.

Zum meistbietenden Verkauf von circa 2200 Stück starken und extra starken Eisen-Angehörern — sogenannte Handelsgehörern — aus dem Königl. Forstrevier Alt-Christburg ist Termin auf

fest werden, daß die Söhne in der Nähe, zum Theil unmittelbar an der stehbaren Wasserstraße lagern.
Alt-Christburg, d. 24. Jan. 1876.
Königl. Oberförsterei.

Für Hausfrauen!

In meinem Verlage ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Kochbuch

von Caroline Hartwig.

Al. 89. gebunden 10 Gr.
Die im Dienste der Kochkunst ergrauten Verfasserin übergibt hiermit ihre umfangreichen praktischen Erfahrungen der Öffentlichkeit, und was sie bietet ist ein durchaus

bürgerliches Kochbuch

im engsten Rahmen, das neben anderen Kochbüchern stets einen guten Platz einnehmen wird.

Danzig.
A. W. Rasemann,
Verlagsbuchhandlung.

Bericht

des landwirthschaftlichen Consum-Vereins zu Mewe.

Genossenschaft.

In dem Geschäftsjahre vom 1. Juli 1874 bis zum 1. Juli 1875 ist angefallen worden:

Rübboden für . . . 9878 M. 20 S.
Maschinenlohn . . . 2970 „ 25 „
Klee- und Grasfamen . . . 625 „ 50 „

13473 M. 95 S.

Der Kassen-Bestand 1891 M. 95 S.

Reservefond nicht gebildet.

Der Vorstand.

Rundt. H. Frost.

Chinesischer Thee

i. 1/4 1/2 Drig. Bod. v. R. Dahms i. Köln

a. M. zu Drig. Preisen in der Niederlage bei J. R. Schulz, 3. Damm 9.

Zu Gr. Capietten bei Stangen-

walde stehen 6 recht fette

4 jährige Kinder zum Verkauf.

Altes Messing, Kupfer,

Zinn, Blei und Zinn

kauf zum höchsten Preise

die Metall-Schmelze von

Meine neu konstruirten Bier-Luftdruck-Apparate mit Musik!

bis heute alles andere in diesen Arteln übertreffend und noch nicht dagewesen, erregen die größte Aufmerksamkeit und geben zu mancherlei Spaß Veranlassung, halte bei solch den Preisen bestens empfohlen. Zahlung nach Uebereinstimmung. Jeder von mir gelieferte Apparat, welcher nicht zur Zufriedenheit ausfällt, wird von mir unentgeltlich zurückgenommen.

A. Schmidt, Kupferschmiedemeister, Stettin, Breitestraße No. 7.

VERBODEN RECHT

Rechter Benedictiner-Liqueur

der Abtei zu Fécamp (Frankreich)

vortrefflich schmeckend, ist stärkend, gibt Appetit und befördert die Verdauung.

Dieses Getränk schmeckt am besten von allen Liqueuren.

Vor Nachahmungen wird gewarnt.

Bei jeder Flasche ist die vieredrige Aufschrift „A. Schmidt“ mit dem Namen des General-Directors versehen.

General-Entrepot in Fécamp (Frankreich)

Depot in Paris, 76, Boulevard Haussmann.

Man findet den Rechten Benedictiner-Liqueur nur in folgenden

Halbten:

In Danzig bei den Herren A. Fast, Langenmarkt 34, J. G. Amort, Langgasse 4, Franz Weissner, Langenmarkt im grünen Thor; in Stolz bei Herrn Ernst Reinhold; in Gerslin bei Herrn G. F. Goerke; in Elbing bei Herrn Otto Schlicht.

Gegen Magenleiden, Unterleibschmerzen, Hämorrhoiden, allgemeines Uebelbefinden und Schwächezustände jeder Art, giebt es kein besseres Hausmittel als die

„Weiße Lebens-Essenz“

von Apotheker Jul. Schröder in Fenerbach-Sittigart (Württemberg).

In seinem Hause, besonders wo Arzt und Apotheker nicht im Orte sind, sollte dieses bewährte Hausmittel fehlen. Tausende verdanken demselben Linderung und Heilung von schweren Leiden. Zu haben in Danzig bei Rich.

Lenz, Brodtkönigsstraße No. 48.

Für die Feuer-Versicherungsgesellschaft zu Brandenburg a. O. de 1846

nehmen wir und sämtliche vor uns in Ost- und Westpreußen bestellten Haupt- und Special-Agenten, städtische und ländliche Anträge zu den billigsten Prämienätzen entgegen.

Rodeck & Krosch, General-Agenten.

Cotillon-Gegenstände.

Nippessachen, Knallbonbons

mit komischem Inhalt empfiehlt in neuestem Genre und in großer Auswahl

Albert Neumann,

Langenmarkt No. 3.

Auswärtige Aufträge, um deren Zurechnung ich ergehen bitte, werden prompt und reell ausgeführt.

Vor Nachahmungen wird gewarnt!

Coca-Präparate

seit langen Jahren bewährt, heilen rasch und sicher Krankheiten der Atmungsorgane (Pillen Nr. 1.)

Verdauungsorgane (Pillen Nr. II. & Wein)

Nervensystem- und Schwächezustände (Pill. III. & Coca-Spiritus)

p. Schacht od. Glas je 5 Mk. R. Belehrende Abhandlung gratis franco d. d. Mohren-Apoth., Mainz.

und deren Depots-Apoth.: Berlin: B. 6. Pfug, Louisenstr. 30. Stettin: G. Poser, Hofapoth., (8785)

Gesundheitspflege.

Seit mehreren Decennien haben die rühmlichst bekannten und in allen Klassen der Bevölkerung und in allen Ländern so beliebte und geschätzte Hoff'sche aromatische Malz-Kräuter-Toilette- und Bäder-Weisse Berlin, Neue Wilhelmstraße 1) sich trotz der vielfachen Concurrenz behauptet, bewährt und immer weitere Verbreitung in allen Welttheilen gefunden.

Von den meisten wissenschaftlichen Instituten mit der silbernen und goldenen Preismedaille prämiert von Fürsten anerkannt bezüglich ihrer feinen und echten Bestandtheile sowie ihrer vortheilhaften Einwirkung auf die Haut, indem sie von den medicinischen Autoritäten, wie die Herren Medicinal-Rath J. Müller in Berlin, Professor Dr. Seitel in Olmütz, Professor Dr. Spörer in Abbazia, Professor Dr. Kletczynski in Wien u. A. als das wirksamste und heilsamste Mittel gegen Haut-pickeln, Rötze, Flechten, Finnen und leichte Hautausschläge, besonders aber gegen das Zittern der Glieder erklärt und bestätigt wird.

Zu haben in Danzig bei Albert Neumann, Langenmarkt 3, in Dirschau bei Otto Säger, in Pr. Stargard bei J. Steller.

Verantwortlicher Redacteur D. Köhne
Druck und Verlag von A. W. Kasemann
Danzig.